

Frau Monique Tinney

DIE aNDERE

entschuldigt

Gäste:

Herr Roland Kiesche	Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg
Frau Uta Kitzmann	FB Soziales und Gesundheit
Herr Gregor Jekel	FB Soziales und Gesundheit
Frau Dr. Kristina Böhm	FB Soziales und Gesundheit
Frau Angelika Ehebrecht	FB Soziales und Gesundheit
Herr Bindheim Jörg	FB Soziales und Gesundheit
Frau Maria Radzimanowski	FB Soziales und Gesundheit
Frau Katrin Hayn	FB Soziales und Gesundheit
Herr Rüdiger Schmolke	Chill Out e.V.
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.12.2017 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums
- 4 Ärztliche Versorgung im Potsdamer Norden
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre
2018/2019
Vorlage: 17/SVV/0951
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung
- 5.2 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2018
Vorlage: 17/SVV/0952
Oberbürgermeister, Kommunalen Immobilien Service
- 5.3 Zukunftsprogramm 2022
Vorlage: 17/SVV/0953
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Wohnungsmarktbericht 2016
- 6.2 Information zum Stand Kindergesundheitshaus
- 6.3 Information zum Stand Umzug Gesundheitsamt
- 6.4 Gruppenprophylaxe in Kita und Schule
- 6.5 Ehrenamtskarte - finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten
- 6.6 Sachstand Dienstleistungen ambulante Suchtberatungsstelle und
Suchtpräventionsfachstelle
- 6.7 Themenplanung 2018
- 7 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Imke Eisenblätter.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.12.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Eisenblätter stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 5 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Frau Eisenblätter stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 19.12.2017 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird mit 4 Zustimmungen und 1 Enthaltung bestätigt.

Anschließend stellt Frau Eisenblätter die Tagesordnung zur Abstimmung. Sie teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt 6.5 „Ehrenamtskarte - finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten“ auf Wunsch des Seniorenbeirates entfällt. Auf Nachfrage erklärt Herr Puschmann, dass das Thema frühestens im Mai 2018 beraten werden kann, da sich der Seniorenbeirat vorher damit befassen muss.

Zu Tagesordnungspunkt 6.6 „Sachstand Dienstleistungen ambulante Suchtberatungsstelle und Suchtpräventionsfachstelle“ liegt ein Antrag auf Rederecht für Herrn Schmolke (Chill out e.V.) vor.

Frau Eisenblätter bittet um Abstimmung über die Erteilung des Rederechts und die so geänderte Tagesordnung.

Der so geänderten Tagesordnung sowie dem Rederecht für Herrn Schmolke wird einstimmig mit 6 Zustimmungen zugestimmt.

zu 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums

Frau Gelfand berichtet, dass beim **Migrantenbeirat** vermehrt Beschwerden über die Arbeit der Ausländerbehörde eingehen. Dazu wird es in der Sitzung des Migrantenbeirates am 18.01.2017 eine Verständigung geben. Es wird die Arbeit des neuen Beratungsangebotes des Internationalen Bundes vorgestellt. Des Weiteren soll aufgrund des aktuellen Vorfalls die Sicherheit in der Gemeinschaftsunterkunft Am Staudenhof beraten werden.

Frau Gelfand informiert, dass am 17.01.2018 die Arbeit der Arbeitsgruppe zur Preisverleihung des Integrationspreises beginnt. Sie bedankt sich, dass für das Jahr 2018 mehr Geld für den Migrantenbeirat und die Preisverleihung eingplant ist.

Auf Nachfrage erklärt Frau Gelfand, dass zu den Beschwerden über die Ausländerbehörde zunächst eine interne Verständigung erfolgen soll und deshalb kein Vertreter der ABH zur Sitzung eingeladen wurde.

Frau Eisenblätter hebt hervor, dass der **Seniorenbeirat** einen schriftlichen Bericht verfasst hat, der auch als Anlage zum Protokoll ausgereicht wird.

Herr Puschmann bittet darum, dass der ausgereichte Bericht des Seniorenbeirates von den Ausschussmitgliedern gelesen wird.

Herr Puschmann weist darauf hin, dass die Besetzung der Bürostelle im Seniorenbüro nur auf 2 Jahre befristet ist. Er bittet die Ausschussmitglieder um Unterstützung beim Erhalt der Stelle und begründet dies u.a. mit den enormen Postein- und -ausgängen, aber auch mit zahlreichen Bürgeranfragen.

Des Weiteren informiert er, dass die nächste Beiratssitzung am 29.01.2018 im Haus der Begegnung in der Waldstadt II stattfinden wird.

Er verweist auf die Veranstaltung des Bündnisses „Gesund Älter werden in Brandenburg“ am 24.01.2018, 10:00 Uhr im Hoffbauer-Tagungshaus Potsdam und lädt die Ausschussmitglieder ein.

Frau Schulze erinnert daran, dass bereits in der vorhergehenden Wahlperiode die Berichte der Beiräte, die schriftlich vorgelegt haben, auch durch die Ausschussmitglieder gelesen wurden. Sie bittet darum, dass die Berichte zukünftig vor der Sitzung an die Ausschussmitglieder ausgereicht werden.

Im Anschluss an die Berichte der Beiräte stellt sich Frau Maria Radzimanowski vor, die seit Dezember 2017 als **Gesundheits- und Sozialplanerin** der Landeshauptstadt Potsdam im Fachbereich Soziales und Gesundheit, Arbeitsgruppe Planung und Steuerung tätig ist.

zu 4 **Ärztliche Versorgung im Potsdamer Norden**

Herr Kiesche (Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg) stellt anhand einer Präsentation die Grundstruktur der vertragsärztlichen Versorgung in Potsdam vor. Dabei geht er zunächst auf die Grundlagen ein und macht deutlich, dass die Sicherstellung der ambulanten Versorgung eine zentrale Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung ist. Er erläutert die Grundlagen der Teilnahme an der ärztlichen Versorgung. Dabei weist er darauf hin, dass die Zulassung zur ambulanten Tätigkeit auf Antrag des Arztes durch den Zulassungsausschuss erfolgt. Die Festlegung über die Anzahl der Zulassungen erfolgt auf der Grundlage der Bedarfsplanungs-Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) durch den Landesausschuss.

Anschließend erläutert er die Bedarfsplanung in Brandenburg und geht dann auf die vertragsärztliche Versorgung in Potsdam ein.

Herr Kiesche macht auf den rasanten Bevölkerungszuwachs im Potsdamer Norden aufmerksam und teilt mit, dass die Versorgung für 2018 um 1,5 Versorgungseinheit bei den Hausärzten geöffnet wird. Für Kinderärzte, Frauenärzte und Augenärzte gibt es derzeit aufgrund des bereits vorhandenen hohen Versorgungsgrades keine Zulassungsmöglichkeiten. Er weist darauf hin, dass es nicht die alleinige Aufgabe der KV ist, auf besondere Situationen zu reagieren.

Herr Kiesche stellt die Hausärzteverteilung im Potsdamer Stadtgebiet vor. Dabei macht er deutlich, dass bei einer Öffnung der Zulassung im Bereich der Hausärzte der Zulassungsausschuss die Entscheidung treffen muss, in welchem Gebiet der Hausarzt seine Praxis eröffnen soll. Die KV wird diesbezüglich dann

auf die Hausärzte zugehen. Er weist aber auch darauf hin, dass dann die Rahmenbedingungen vorhanden sein und die entsprechenden Räumlichkeiten zur Verfügung stehen müssen.

Herr Kiesche macht darauf aufmerksam, dass ca. 25 % der Hausärzte in Potsdam 60 Jahre und älter sind.

Abschließend stellt er die Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung und Sicherstellung der Versorgung vor.

Herr Kiesche bietet an, die Präsentation den Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu stellen, nicht aber für die Öffentlichkeit.

Auf Nachfrage bezüglich der Abwanderungen aus Potsdam-Mittelmark erklärt Herr Kiesche, dass es einen engen Kontakt bei der gemeinsamen Landesplanung gibt. Bei regionalen Besonderheiten kann von den Zuschnitten abgewichen werden. Hier muss aber immer eine Rechtssicherheit gegeben sein.

Bezüglich der Nachfrage zur Überarbeitung Bedarfsplanungsrichtlinie des G-BA teilt Herr Kiesche mit, dass im Frühjahr 2018 die Ergebnisse der Gutachten vorgestellt werden sollen, die dazu derzeit in Arbeit sind.

Zur Nachfrage, ob Praxisnachfolger auch verpflichtet werden können, an einen anderen Standort zu gehen, erklärt er, dass diese Möglichkeit besteht, da die ambulanten Versorgungsangebote bereits sehr zentralisiert sind. Er weist darauf hin, dass aber nicht jeder, der eine Praxis abgeben möchte, auch die Möglichkeit dazu bekommt. Dies ist z.B. bei einer vorhandenen Überversorgung der Fall.

Herr Wellmann verweist auf die Versorgung mit Kinderärzten, die aus Sicht von Eltern und Ärzten anders dargestellt wird, als von Herrn Kiesche berichtet. Er fragt, welche Möglichkeiten es gibt, durch eine Schärfung der statistischen Instrumente die tatsächliche Situation zu berücksichtigen. Des Weiteren fragt er, welche Rolle die private ärztliche Versorgung in der Bedarfsplanung spielt.

Herr Kiesche erklärt, dass diese keine Rolle bei der Berechnung spielt. Die Berechnung erfolgt nach Einwohnerzahl.

Herr Otto merkt an, dass es im Mai 2018 bereits ein erstes Gutachten geben wird. Damit kann es zu einem Systemwechsel in der Bedarfsplanung kommen.

Herr Kiesche erklärt, dass gezielt die Ärzte angesprochen werden, sich in bestimmten Bereichen niederzulassen.

Frau Dr. Wegewitz weist darauf hin, dass nach ihren Informationen die Aufnahme von Kindern aus Gemeinschaftsunterkünften in Kinderarztpraxen schwierig sei. Sie fragt, ob es von Seiten der KV hierzu Erklärungsmöglichkeiten gibt, da es bei den Kinderärzten einen Versorgungsgrad von ca. 170 % gibt.

Herr Kiesche betont, dass es Aufgabe der Kinderärzte ist, sich abzustimmen, wer die Versorgung übernimmt.

Auf Nachfrage bezüglich der Definition einer dauerhaften Versorgungslücke erklärt Herr Kiesche, dass dies durch den Zulassungsausschuss zu bewerten ist.

Frau Schulze bittet die Verwaltung, die Liste der Arztpraxen der Landeshauptstadt Potsdam zu aktualisieren.

Herr Kiesche weist darauf hin, dass es auf der Homepage der KV eine Auflistung gibt.

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 5.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019

Vorlage: 17/SVV/0951

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung

Frau Ehebrecht (FB Soziales und Gesundheit) bringt mit Hilfe einer Präsentation den Doppelhaushalt 2018/2019 für den Fachbereich Soziales und Gesundheit ein. Sie weist darauf hin, dass es im FB Soziales und Gesundheit im Laufe des Haushaltsjahres aufgrund gesetzlicher Änderungen ständige Bewegung gibt.

Sie stellt die Verteilung der Aufwendungen vor und geht auf die wesentlichen Produkte ein, die der Fachbereich zu verantworten und bewirtschaften hat. Dabei geht sie näher auf das Produkt „Hilfe zur Pflege“ ein. Sie verweist hierbei auf den Anstieg der Zahlen im stationären Bereich.

Des Weiteren stellt Frau Ehebrecht die Produkte „Eingliederungen für Menschen mit Behinderung“, „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ sowie „Soziale Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer“ vor und gibt Erläuterungen.

Abschließend gibt sie eine kurze Erläuterung zum Produkt „Freiwillige Leistungen“.

Herr Schubert sagt zu, die Präsentation den Ausschussmitgliedern im Anschluss an die heutige Sitzung zur Verfügung zu stellen. Er weist darauf hin, dass der Haushalt heute in erster Lesung im Ausschuss behandelt wird, da sich die Fraktionen noch nicht abschließend mit dem Haushalt befassen konnten.

Frau Schulze empfiehlt den sachkundigen Einwohnern, sich weitere Unterlagen von der Verwaltung abzufordern, wenn dies erforderlich ist.

Auf Nachfrage bezüglich der Auswirkungen der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten erklärt Herr Schubert, dass diese durch das Jugendamt betreut werden. Im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie sind auch die entsprechenden finanziellen Mittel eingestellt.

Zur Aufnahme von Geflüchteten 2018 erklärt er, dass durch das Land grundsätzlich die Gewährleistung der Gleichverteilung im Land geregelt werden muss.

Herr Jekel erklärt auf Nachfrage, dass die Richtlinie für die Kosten der Unterkunft seit Langem überarbeitungswürdig ist. Im Einzelfall muss geprüft werden, ob geeigneter Wohnraum zur Verfügung steht.

Die Drucksache wird zurückgestellt.

zu 5.2 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2018

Vorlage: 17/SVV/0952

Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service

Die Drucksache wird zurückgestellt.

zu 5.3 Zukunftsprogramm 2022

Vorlage: 17/SVV/0953

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation

Die Drucksache wird zurückgestellt.

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

zu 6.1 Wohnungsmarktbericht 2016

Herr Schubert teilt mit, dass es im Vorfeld der Ausschusssitzung eine Pressekonferenz zur Vorstellung des Wohnungsmarktberichtes 2016 gab. Der Wohnungsmarktbericht wird jetzt veröffentlicht und soll dem GSI-Ausschuss heute zur Information vorgestellt werden.

Herr Jekel (FB Soziales und Gesundheit) gibt anhand einer Präsentation Informationen zur sozialen Wohnraumversorgung in der Landeshauptstadt Potsdam. Er weist darauf hin, dass der Bericht letztmalig im Februar 2014 mit den Zahlen und Daten des Berichtsjahres 2012 veröffentlicht wurde. Der Wohnungsmarktbericht 2016 fasst die Entwicklung der vergangenen 5 Jahre seit dem letztmaligen Erscheinen zusammen.

Herr Jekel erklärt, dass mit der zukünftigen Berichterstattung eine kennzahlenbasierte kontinuierliche Wohnungsmarktbeobachtung gegeben werden soll. Anschließend erläutert er die Wohnungsmarktbeobachtungen.

Herr Schubert bietet an, nach Erscheinen des Berichtes, die auftretenden Fragen im GSI-Ausschuss zu behandeln.

zu 6.2 Information zum Stand Kindergesundheitshaus

Frau Eisenblätter weist eingangs darauf hin, dass einige Ausschussmitglieder zur Errichtung eines Kindergesundheitshauses eine Mail von der Leiterin der Frühförder- und Beratungsstelle des EJF, Frau Teschner erhalten haben.

Frau Dr. Böhm (FB Soziales und Gesundheit) informiert, dass die Arbeitsgruppe letztmalig am 14.11.2017 getagt und ein Konzept zur Umsetzung erarbeitet hat. Nach redaktioneller Überarbeitung durch die Verwaltung wurde das Papier am 04.12.2017 nochmals in die Arbeitsgruppe gespiegelt. Bisher liegen noch nicht von allen Mitgliedern Rückmeldungen vor. Es ist beabsichtigt, das Konzept bis Ende Januar 2018 fertig zu stellen und dann den entsprechenden Gremien vorzustellen.

Anschließend geht Frau Dr. Böhm auf die Mail von Frau Teschner ein und macht deutlich, dass die Vorwürfe zurückgewiesen werden müssen, da sich dies so nicht im Konzept widerspiegelt.

Sie verweist auf den § 106 BTHG, nach dem die Beratung in einer für den Leistungsberechtigten wahrnehmbaren Form zu erfolgen hat. Insbesondere verweist sie auf Abs. 4 „Die Leistungsberechtigten sind hinzuweisen auf die ergänzende unabhängige Teilhabeberatung nach § 32, auf die Beratung und Unterstützung von Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege sowie von Angehörigen der rechtsberatenden Berufe und von sonstigen Stellen.“ Dies wird auch so umgesetzt.

zu 6.3 Information zum Stand Umzug Gesundheitsamt

Frau Dr. Böhm (FB Soziales und Gesundheit) informiert, dass auf Arbeitsebene in den vergangenen Monaten zahlreiche Besprechungen mit den Beteiligten der

Projektgruppe stattgefunden haben. Inhalt der Besprechungen waren u.a. die Raum- und Kapazitätsplanung der zur Verfügung stehenden Flächen sowie die Planung notwendiger Umbaumaßnahmen im Gebäude P auf dem Gelände des Klinikums Ernst von Bergmann. Das Gebäude P ist über die Berliner Straße zu erreichen. Somit ist die direkte ÖPNV-Anbindung gegeben.

Sofern alle notwendigen Absprachen und Umbauten realisiert werden können, wäre der Beginn des Umzuges ab April 2018 denkbar. Um die laufenden Pflichtaufgaben des Gesundheitsamtes nicht zu gefährden, kann ein Umzug nur in Etappen erfolgen. Der Umzug soll bis August 2018 abgeschlossen sein. Der Sozialpsychiatrische Dienst kann zunächst nicht mit in die neuen Räume ziehen, da die Arbeitsräume nicht ausreichen.

Frau Dr. Böhm erklärt, dass beabsichtigt ist, während der Umzugsphase eine durchgehende Erreichbarkeit zu gewährleisten.

Herr Schubert dankt Frau Dr. Böhm für ihr Engagement im Zusammenhang mit dem Umzug des Gesundheitsamtes.

zu 6.4 Gruppenprophylaxe in Kita und Schule

Frau Dr. Böhm (FB Soziales und Gesundheit) informiert, dass der zahnärztliche Dienst der Landeshauptstadt auf der Grundlage des Brandenburgischen Gesundheitsdienstgesetzes die zahnmedizinische Gruppenprophylaxe im Rahmen der schuljährlichen Untersuchung zur Früherkennung von Zahn-, Mund- und Kiefererkrankungen durchführt.

Sie teilt mit, dass die Zielvorgabe der flächendeckenden Umsetzung derzeit aufgrund der personellen Situation nicht so erfüllt werden kann, wie es gefordert wird. Die Untersuchungsquote lag 2017 bei unter 30 %. Für 2018 wird eine deutlich bessere Quote angestrebt. Das Präventionsprogramm "Kita mit Biss" kann derzeit in der Landeshauptstadt nicht umgesetzt werden.

zu 6.5 Ehrenamtskarte - finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten

Der Tagesordnungspunkt entfällt.

zu 6.6 Sachstand Dienstleistungen ambulante Suchtberatungsstelle und Suchtpräventionsfachstelle

Frau Hayn (FB Soziales und Gesundheit) stellt anhand einer Präsentation die Aufgaben der ambulanten Suchtberatungsstelle Potsdam vor. Dabei geht sie zunächst auf die Qualitätsstatistik für 2017 ein und erläutert diese.

Frau Hayn stellt die Aufgaben der Suchtpräventionsfachstelle für Erwachsene und anschließend die der Suchtpräventionsfachstelle für Kinder und Jugendliche vor. Sie macht dabei deutlich, dass sich die Zusammenarbeit mit den Trägern aus ihrer Sicht sehr konstruktiv und transparent gestaltet. Seit Einstellungsbeginn im Juli 2017 gab es mehrere Abstimmungstermine separat mit den Trägern sowie eine Hospitation in der „salus ambulanz und prävention“ und ein Jahresauswertungsgespräch mit „Chill Out“ e.V.

Herr Schmolke (Chill Out e.V.) dankt Frau Hayn für die Auswertung und signalisiert, dass er für Nachfragen gern zur Verfügung steht.

zu 6.7 Themenplanung 2018

Herr Schubert verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen ausgereichte Themenplanung für die Sitzungen des GSI-Ausschusses 2018 und fragt ob dies in der vorliegenden Form so weiter gewünscht wird.

Frau Schulze spricht sich grundsätzlich für eine Schwerpunktplanung aus. Sie weist darauf hin, dass im September die Konzeptanpassung des Familienbegrüßungsdienstes behandelt werden soll und im November soll das Konzept vorgestellt werden. Hier sollte eine einmalige Beratung stattfinden.

Des Weiteren weist sie darauf hin, dass der Bericht des Jobcenters bereits veröffentlicht ist. Der Bericht der Fachstelle für Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung hätte eher erfolgen sollen.

Sie macht außerdem deutlich, dass für die Vorbereitung auf die Sitzung die Ausreichung entsprechender Unterlagen im Vorfeld sinnvoll ist.

Herr Schubert sagt zu, gemeinsam mit Frau Eisenblätter die Themenplanung zu überprüfen und zu straffen.

zu 7 Sonstiges

Überarbeitung Richtlinie freier Träger

Frau Eisenblätter erinnert daran, dass in der Sitzung des GSI-Ausschusses am 19.12.2018 die Etablierung einer Arbeitsgruppe zur Überarbeitung der Richtlinie zur Förderung freier Träger verabredet wurde. Das erste Treffen der Arbeitsgruppe soll am 29.01.2018, 15:30 Uhr stattfinden. Sie schlägt vor, dass pro Fraktion eine Vertretung entsandt wird. Die Meldung von Seiten der Fraktionen soll möglichst bis zum 23.01.2018 an Frau Spyra erfolgen. Frau Eisenblätter bittet darauf achten, dass bei den Fraktionsvertretern, die in der Arbeitsgruppe mitarbeiten sollen, keine Interessenskonflikte vorhanden sind.

Sachstand ergänzende unabhängige Teilhabeberatung

Frau Kitzmann (FB Soziales und Gesundheit) weist darauf hin, dass mit in Kraft treten des BTHG ein Beratungsanspruch für Betroffene u.a. durch eine unabhängige Beratungsstelle nach § 32 SGB IX ab dem 01.01.2018 besteht. Durchgeführt werden soll die Beratung insbesondere auch von Initiativen und Verbänden, die sich um die Förderung bewerben müssen.

Das MASGF hat die Landeshauptstadt Potsdam im „Auswahlverfahren“ beteiligt. Nach Prüfung der Unterlagen wurde gegenüber dem MASGF soweit Stellung genommen, dass die LHP den Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg e.V. und die Paritätisches Sozial- und Beratungszentrum gGmbH als geeignet sehe, die Ziele der unabhängigen Teilhabeberatung zu erreichen.

Mit Stand 10.01.2018 ist bisher für die LHP noch keine Entscheidung getroffen worden. Unter dem beigefügten Link kann der jeweils aktuelle Stand der Bewilligung für das gesamte Bundesgebiet abgefragt werden:

https://www.gsub.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Projekte/EUTB/EUTB-Bescheide_stand_222017_fin.pdf

Somit steht den Potsdamer Bürgerinnen und Bürgern derzeit noch keine Teilhabeberatung nach § 32 SGB IX zu Verfügung.

Antrag auf Förderung „Katte“ e.V.

Herr Bindheim (FB Soziales und Gesundheit) teilt mit, dass offensichtlich ein Antrag von Katte e.V. auf Projektförderung 2018 in Höhe von ca. 4.000 EUR nicht in der Verwaltung eingegangen ist und dieser somit nicht geprüft werden konnte. Die Verwaltung wird jetzt auf den Träger zu gehen, um eine Lösung zu finden.

Kontaktaufnahme zu Mitarbeitenden der Verwaltung

Herr Schubert weist darauf hin, dass es in der Vergangenheit häufiger vorgekommen, dass Fraktionsmitglieder den direkten Kontakt zu Verwaltungsmitarbeitern gesucht haben. Er bittet die Ausschussmitglieder bei Gesprächsbedarf mit der Verwaltung oder wenn Mitarbeitende der Verwaltung in die Fraktionen eingeladen werden sollen, die Kommunikation über sein Büro zu führen.

Nächster GSI-Ausschuss: 13. Februar 2018, 18:00 Uhr

Imke Eisenblätter
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Schriftführerin